

### **III Der Abbruch der deutsch-ägyptischen Beziehungen**

#### **III.1 Entstehung der deutsch-ägyptischen Krise**

Das Bekanntwerden der geheimen Waffenlieferungen an Israel im Oktober 1964, war ein wesentlicher Faktor für den Ausbruch der sogenannten „deutschen Nahostkrise“. Die „deutsche Nahostkrise“ bezieht sich, wie bereits in Kapitel I.5 hervorgehoben, auf das im zu untersuchenden Zeitraum problematisch belastete Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Staaten, beziehungsweise zu Ägypten. In diesem Zusammenhang ist der Besuch des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier in Kairo, am 20. November 1964, der vor dem zu analysierenden Zeitraum stattfand, zu erwähnen.

Gerstenmaiers Reise hatte bereits seit längerem festgestanden, sollte aber nun der bundesdeutschen Krisenbewältigung dienen. Bundeskanzler Ludwig Erhard hatte Gerstenmaier instruiert, Kairo mitzuteilen, daß die Waffenlieferungen an Israel auf eine frühere Abmachung zurückgingen. Außerdem würde die Bundesregierung sich bemühen, die deutschen Raketenexperten aus Ägypten nicht zurückzurufen sowie Ägypten bei ihrem industriellen Aufbau behilflich zu sein.

Aus einem Gespräch zwischen dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser und Gerstenmaier ging nicht genau hervor, ob Gerstenmaier Nasser deutlich machen konnte, daß die Einstellung von Waffenlieferungen in Gebiete außerhalb der NATO erst nach Erfüllung des deutsch-israelischen Waffenabkommens erfolgen sollte. Die ägyptische Regierung schien verstanden zu haben, daß eine sofortige Beendigung der Waffenlieferungen bevorstehen könnte<sup>173</sup>. Gerstenmaier bestätigte Nasser, daß er selbst von den Waffenlieferungen auch erst einige Wochen zuvor erfahren habe und der größte Teil des Bundestages der Meinung sei, daß in Zukunft Waffenlieferungen an Länder außerhalb der NATO, notfalls gesetzlich, verboten werden sollten. Gerstenmaier schlug vor, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen, die Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen und sich mit den „fälligen Normalisierungen“ zu Israel vertraut zu machen. In diesem Zusammenhang sprach Gerstenmaier Nasser eine Einladung nach Bonn aus. Nasser schien die Einladung angenommen zu haben; dies wurde auch von Anwar El Sadat, damals Präsident des ägyptischen Parlaments, der während des Gesprächs anwesend war, sowie von dem deutschen Botschafter in Kairo, Georg Federer, bestätigt<sup>174</sup>. Darüber hinaus stellte Gerstenmaier beträchtliche

---

<sup>173</sup> Vgl. Hünseler, 1990, S. 148-149.

<sup>174</sup> Vgl. Gerstenmaier, 1981, S. 499-501.

Wirtschaftshilfe an Ägypten in Aussicht<sup>175</sup>. Zeitungsberichten zufolge erklärte Nasser, daß er bereits im Frühjahr 1965, auf jeden Fall aber vor den Bundestagswahlen im Dezember nach Deutschland kommen wolle<sup>176</sup>.

Doch die Situation entwickelte sich anders. Die Meldungen ägyptischer Zeitungen im darauf folgenden Monat, daß Nasser bereits im Februar nach Bonn kommen werde, wurden von bundesrepublikanischer Seite nicht bestätigt. So wurde Ende November 1964 aus dem Bundespräsidialamt versichert, daß offiziell noch nicht über den Termin für Nassers Besuch gesprochen worden sei. Die ägyptischen Zeitungsberichte seien zwar bekannt, doch könne weder ein bestimmter noch ein wahrscheinlicher Termin genannt werden. Ganz ausgeschlossen sei es jedoch nicht, daß der Besuch im Februar stattfinde, da vermutet wurde, daß Nasser seinen Besuch noch vor den Präsidentenwahlen in Ägypten antreten wolle<sup>177</sup>. Während des Neujahrsempfanges 1965 bat Bundestagspräsident Gerstenmaier um eine Besprechung, bei der die Einladung an den ägyptischen Präsidenten erörtert wurde. Gerstenmaier mußte hören, daß diese bislang nur mündlich überbracht worden sei. Daraufhin schrieb Gerstenmaier sofort an Außenminister Schröder und den Bundeskanzler, um diese darüber zu informieren, und kritisierte dabei den langsamen Entscheidungsprozeß. Der Außenminister rechtfertigte sich gegenüber Gerstenmaiers Vorwürfen mit der Notwendigkeit, die Zustimmung des Kabinetts einzuholen und Fragen der wirtschaftlichen Kompensationen mit anderen Ressorts abzustimmen. Der deutsche Botschafter in Kairo und der Legationsrat Hans Schirmer, der Gerstenmaier auf seiner Reise nach Kairo begleitet hatte, sorgten dafür, daß die betroffenen Behörden gut informiert waren. Noch während des gleichen Monats wurden die Folgen der zeitaufwendigen Vorgehensweise deutlich. Der Bundestagsabgeordnete Rudolf Werner erwähnte bei der Berichterstattung über seinen Kairo-Besuch gegenüber Gerstenmaier, daß der Vizepräsident Ägyptens, Marschall Amer, ihm gegenüber beiläufig erwähnt habe, daß das Staatsoberhaupt der DDR, Walter Ulbricht, demnächst in Ägypten erwartet werde<sup>178</sup>.

Die Einladung Ulbrichts nach Ägypten brachte eine neue Komponente in das deutsche Nahostproblem und mußte zu neuen Überlegungen in der deutschen Außenpolitik führen. Auch der Aspekt der Waffenlieferungen an Israel wurde verstärkt diskutiert, als aus einer Pressemeldung zu entnehmen war, daß Israel an dem deutschen Kampfpanzer Leopard Interesse zeigte und von Seiten des

---

<sup>175</sup> Vgl. Booz, 1994, S. 80-81.

<sup>176</sup> Vgl. Fuldaer Zeitung, 24. 11.1964. „Nasser will nach Bonn kommen“.

<sup>177</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.12.1965. „Noch kein Termin für Nasser“.

<sup>178</sup> Vgl. Gerstenmaier, 1981, S. 502-503.

Bundesverteidigungsministeriums in Bonn bestätigt wurde, daß israelische Offiziere kurz zuvor der Panzertruppenschule der Bundeswehr in Munster einen Besuch abgestattet hatten<sup>179</sup>.

Das Auswärtige Amt hatte sich im September 1964 verstärkt darum bemüht, Nasser mittels einer Konkretisierung der angekündigten Einladung bei Laune zu halten und ihm damit auf deutschlandpolitischem Kurs während der arabischen Gipfelkonferenz in Alexandria im September 1964 und der Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo im Oktober 1964 zu halten<sup>180</sup>. Die Bundesregierung ging davon aus, daß Nasser der Einladung nicht nachkommen konnte, da es den Sowjets unerwünscht war und sie so Nasser „nahelegten“, vorher Ulbricht einzuladen<sup>181</sup>. Die Sowjetunion konnte davon ausgehen, daß es zwangsläufig zu einem Konflikt mit dem Westen kommen würde<sup>182</sup>.

Die Glaubwürdigkeit der Information über den geplanten Ulbricht-Besuch mußte zunächst geprüft werden. Am 27. Januar 1965 ließ sich Außenminister Schröder telefonisch mit seinem Botschafter in Kairo verbinden, um sich zu informieren, ob die Zeitungsmeldung der „Al-Ahram“ zutreffe, daß Präsident Nasser das Staatsoberhaupt der DDR nach Kairo eingeladen habe. Der Botschafter erwiderte daraufhin, daß dies kein Zeitungsgerücht sei<sup>183</sup>.

Allgemein schlug die Nachricht wie eine Bombe ein und löste große Empörung aus. Nachdem Botschafter Georg Federer der Bundesregierung den „Freundschaftsbesuch“ Ulbrichts am Telefon bestätigt hatte, gab sich Bonn zunächst gelassen, denn schon 1959 hatte der Regierungschef der DDR, Otto Grotewohl, Ägypten besucht. Adenauer hatte damals das Außen- und Presseamt angewiesen, keinen Aufruhr zu machen. In diesem Fall änderte sich die Gelassenheit jedoch, als Botschafter Federer berichtete, daß sich Nasser der deutschen Einwände bezüglich des Besuches nicht annehmen wolle. In Bonn kam es zunehmend zu Verstimmungen über die ägyptische Haltung und der Gedanke, die diplomatischen Beziehungen mit Kairo abubrechen, fand immer mehr Anhänger<sup>184</sup>.

Nasser begründete die Einladung Ulbrichts mit den deutschen Waffenlieferungen an Israel. Die Bundesregierung habe zunächst die Waffenlieferungen auf ägyptische Anfrage hin geleugnet, später jedoch, als sie in der Öffentlichkeit

---

<sup>179</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.1.1965. „Israel interessieren Leopard Panzer“.

<sup>180</sup> Vgl. Blasius, 1998, S. 755.

<sup>181</sup> Ein weiteres Beispiel für die Abhängigkeit Nassers von Moskau ist die Fortsetzung des Jemen-Krieges, welcher finanzielle Probleme für Ägypten aufwarf.

<sup>182</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 14.6.65. „Aufzeichnung, Botschafter Frh. v. Richthofen, Bonn.“

<sup>183</sup> Vgl. Der Spiegel, 3 2. 1965. „Heiße Zonen“.

<sup>184</sup> Vgl. Der Spiegel, 10.2.1965. „In die Hand gespielt“.

diskutiert wurden, eine Stellungnahme verweigert. Daher habe Bonn und nicht Kairo die Krise ausgelöst<sup>185</sup>.

Als wirkliche Gründe für die Einladungen läßt sich vielerlei vermuten. Zunächst ging die Bundesregierung davon aus, daß Nasser Ulbricht eingeladen habe. Im Januar 1965 hatte jedoch vermutlich Ulbricht ein Schreiben an Nasser gerichtet, in dem er aus gesundheitlichen Gründen um einen Aufenthalt in Assuan bat. Nasser stimmte diesem zu und lud Ulbricht ein, woraus die Bundesrepublik schloß, daß es sich um ein raffiniertes Vorgehen Nassers handele, mit dem er die Bundesrepublik zu einem Waffenlieferungsstop an Israel bewegen wollte<sup>186</sup>.

Es ist ebenso zu vermuten, daß die Einladung Ulbrichts eine Forderung der Sowjetunion gewesen ist. Im Winter 1964/65 herrschte in Kairo Krisenstimmung. Innenpolitisch herrschte Besorgnis wegen der Lebensmittelknappheit sowie der Probleme bei der Erfüllung des Fünfjahresplans. Der zweite Fünfjahresplan, der 1965 anließ, hatte schlecht begonnen, und Schuldentermine standen bevor. Kritik an Ministerpräsident Ali Sabry machte sich breit, die ihm die Ausweitung der immer mehr an Macht gewinnenden Staatsbürokratie und deren Auswüchse bei der Verstaatlichung der Wirtschaft vorwarf. Außenpolitisch hatte der Sturz Chruschtschows im Oktober 1964 Unsicherheit hervorgerufen. Hinzu kam, daß der amerikanische Botschafter John Badeau, der lange Zeit als eine Art Interpret des „Nasserismus“ in Washington gedient hatte, zurückgetreten war<sup>187</sup>. Ein weiterer Faktor war der Jemen-Krieg. Nasser zeigte sich in diesem Konflikt nicht gewillt abzuziehen. Beobachter waren der Meinung, daß Ägypten den Krieg nicht gewinnen könne, waren sich aber auch einig, daß der Rückzug Ägyptens zum Zusammenbruch der jemenitischen Republik führen würde. Im Dezember 1964 reiste eine sowjetische Delegation unter der Führung des Mitglieds des Präsidiums der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU), Nikolajewitsch Scheljepin, nach Kairo. Sie befreite Nasser offenbar aus seinem Dilemma. Vermutlich drangen die Ägypter darauf, den kommenden Fünfjahresplan von der UdSSR finanzieren zu lassen. Da die Sowjets jedoch nicht über die von Chruschtschow eingegangenen Verpflichtungen hinausgehen wollten, wiesen sie auf die Wirtschaftskapazität der DDR hin und darauf, daß eine Anerkennung oder zumindest ein Staatsbesuch hier bei der Lösung finanzieller Probleme behilflich

---

<sup>185</sup> Vgl. PA/AA, BSTS. 3.2.1965. „Telegramm aus Kairo für Staatssekretär, zugleich Botschafter Federer. Gez. Müller.“

<sup>186</sup> Vgl. Hünseler, 1990, S. 150.

<sup>187</sup> Vgl. Hünseler, 1990, S. 108.

sein könnte. Aufgrund der brisanten Lage, in der sich Ägypten in diesem Winter befand, war es nicht möglich, solche Forderungen auszuschlagen<sup>188</sup>.

Hinzu kam, wie aus einem Gespräch zwischen Botschafter Federer und Präsident Nasser im Juli 1964 hervorging, daß Nasser darauf hinwies, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Ägypten nicht mehr so intensiv wie früher waren. Dies begründete er mit dem Auslaufen des Plafonds der Kapital- und Kredithilfe sowie mit den finanziellen Problemen Ägyptens bei der Durchführung des zweiten Fünfjahresplans. Nasser erwähnte in diesem Gespräch ebenfalls beiläufig die von den Sowjets zugesagte Erschließung neuen landwirtschaftlichen Geländes, wies jedoch außerdem auf die Beteiligung deutscher Firmen an landwirtschaftlichen Projekten hin<sup>189</sup>. Die Bedeutung der Finanzierung des zweiten Fünfjahresplans stellte aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage Ägyptens zu diesem Zeitpunkt einen wichtigen Aspekt in der Außenpolitik des Landes dar, die den Zeitraum von 1964 bis zur Nahosterklärung im März 1965 prägte.

Die Bundesregierung stand nun vor einer großen Aufgabe, in der sie ihren eigenen Handlungsspielraum nutzen mußte, um die Situation zumindest teilweise zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Dabei spielte die Nichtanerkennungspolitik gegenüber der DDR eine große Rolle.

Im Falle der Anerkennung der DDR durch die arabische Staaten waren der Bundesrepublik aufgrund des außenpolitischen Automatismus selbst, die Hände gebunden. Ein Fehlschlag hätte demnach zur „Aufwertung des Ostblockregimes“ führen können<sup>190</sup>. Mit der Hallstein-Doktrin war der Handlungsspielraum der Bundesrepublik aus der Sorge, die arabischen Staaten könnten die DDR anerkennen, eingeschränkt<sup>191</sup>.

Bonn zeigte sich sehr besorgt über die Einladung Ulbrichts, und der Sprecher der Bundesregierung erklärte in einem Bericht über eine Kabinettsitzung, „daß einem souveränen Staat zwar freistehe, einzuladen, wen er wolle, es dieser Staat aber selbstverständlich auch wissen müsse, wie seine Freunde eine solche Reise bewerten.“<sup>192</sup> Das Auswärtige Amt in Bonn gab ebenfalls Anweisungen nach Kairo, die dortige Regierung aufzusuchen und diese über die Konsequenzen im Falle der Unterstützung Ulbrichts zu informieren sowie hervorzuheben, daß die

---

<sup>188</sup> Vgl. Hottinger, 1965, S. 107-111.

<sup>189</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 17. Juli 1964. „Fernschreiben aus Kairo.“

<sup>190</sup> Vgl. Wagner, 1965, S. 157.

<sup>191</sup> Vgl. Büttner u. Scheffler, 1982, S. 143.

<sup>192</sup> PA/AA, Ref. IB4. 29.1.1965. „Diplograma Kairo, Algier.“

Bundesregierung großen Wert darauf lege, die traditionellen deutsch-arabischen Beziehungen weiter zu pflegen<sup>193</sup>.

Die Bundesregierung mußte nun entscheiden, mit welchen Maßnahmen sie auf den Ulbricht-Besuch reagieren wollte. Die möglichen Reaktionen reichten von der Einstellung der Wirtschaftshilfe, der Einstellung der Entwicklungshilfe bis zum Abbruch der Beziehungen<sup>194</sup>.

Nicht nur die Bekanntgabe der Einladung Ulbrichts nach Ägypten gab Grund zur Beunruhigung, sondern auch die Meldung am 2. Februar 1965, daß zwischen einer Ostberliner Wirtschaftsdelegation und der ägyptischen Regierung Vereinbarungen über Wirtschaftshilfe paraphiert worden seien. Danach wollte sich Ostdeutschland an den Industrialisierungsplänen des zweiten Fünfjahresplanes von 1965 bis 1970 beteiligen und Anlagen und Ausrüstung im Wert von 190,4 Millionen Mark liefern. Insgesamt beliefen sich neue Vereinbarungen, die noch vor Ende Februar 1965 unterzeichnet werden sollten, auf 308 Millionen DM<sup>195</sup>.

Wie aus einem Telegramm des Auswärtigen Amtes am 29. Januar 1965 hervorgeht, wurde der deutsche Botschafter in Kairo gebeten, die dortige Regierung aufzusuchen und Nasser darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik großen Wert darauf legte, die traditionell guten deutsch-arabischen Beziehungen aufrechtzuerhalten, um sich durch wirtschaftliche Hilfe weiterhin am Aufbau der arabischen Länder zu beteiligen<sup>196</sup>.

Während die Bundesregierung zunächst gehofft hatte, daß der Besuch Ulbrichts nicht zustande kommen würde, bestand nach einem Gespräch zwischen dem ägyptischen Staatspräsidenten Nasser und dem deutschen Botschafter Federer am 31. Januar 1965 daran kein Zweifel mehr<sup>197</sup>.

Die Unterredung Nassers mit Federer dauerte 30 Minuten und soll nach Angaben der Botschaft in einer kühlen und förmlichen Atmosphäre verlaufen sein. Ägyptische politische Kreise berichteten, daß sich Kairo bislang nicht geneigt gezeigt habe, gegenüber Bonn die staatsrechtliche Bedeutung dieses Besuches herunterzuspielen. Es wurde aber betont, Ägypten werde keine offizielle Anerkennung der DDR aussprechen und angesichts der wesentlichen Hilfe der

---

<sup>193</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4, 29.1.1965. „Diplograma Kairo, Algier.“

<sup>194</sup> Vgl. Hünslers, 1990, S. 151.

<sup>195</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.2.1965. „Erhard läßt Federer zur Berichterstattung nach Bonn kommen“.

<sup>196</sup> Vgl. PA/AA MB. 29.1.65. „Kairo nur Unterrichtung“.

<sup>197</sup> Vgl. AAPD, 1965, Dok. 48. „Botschafter Federer, Kairo, an das Auswärtige Amt“. S. 227-230.

Bundesrepublik und der Arbeit deutscher Wissenschaftler in Ägypten freundschaftliche Beziehungen zu Bonn beibehalten<sup>198</sup>.

Am 3. Februar 1965 wurde der deutsche Botschafter in Kairo, Georg Federer, von Bundeskanzler Erhard und Bundesaußenminister Schröder in Bonn zur Berichterstattung über die Hintergründe und Folgen des Ulbricht-Besuches empfangen. Federer sagte nach seiner Ankunft auf dem Flughafen, daß er es für ausgeschlossen halte, daß Nasser seine Einladung an Ulbricht zurückziehen würde. Aus der Botschaft der Bundesrepublik in Kairo war zu hören, daß die starre Haltung beider Regierungen wenig Spielraum für einen Kompromiß lasse, und selbst wenn Nasser die Einladung zurückziehen wolle, sei dies jetzt nicht mehr möglich<sup>199</sup>.

Eine von Entwicklungsminister Scheel geplante Reise nach Kairo wurde Anfang Februar abgesagt, da die Bundesregierung den Besuch Ulbrichts zunächst abwarten wollte<sup>200</sup>. Aus einer Kabinettsitzung am 3. Februar 1965 ging hervor, daß die Bundesregierung politische und wirtschaftliche Gegenmaßnahmen auf den Ulbricht-Besuch in Kairo vorbereitete. Der deutsche Botschafter in Kairo, der ebenfalls an der Sitzung teilnahm, blieb zunächst in Bonn<sup>201</sup>.

Meldungen, daß seit Mitte Januar das Kulturzentrum Ägyptens in Bonn geschlossen war, begründete der ägyptische Botschafter damit, daß die Auflösung aus wirtschaftlichen Gründen erfolgt sei und keine politischen Ursachen habe. Das an die Botschaft angeschlossene Kulturinstitut bleibe aber bestehen und werde sich weiterhin dem deutsch-ägyptischen Kulturaustausch auf den verschiedensten Gebieten widmen<sup>202</sup>.

Neben eigenem Bemühen bat die Bundesregierung am 3. Februar 1965 schließlich die spanische Regierung, die aufgrund ihrer Nichtanerkennung Israels ausgezeichnete Beziehungen zu den Arabern unterhielt, um Vermittlung. Die westlichen Verbündeten (USA, England und Frankreich) hatten es zuvor abgelehnt, in den Streit mit hineingezogen zu werden<sup>203</sup>.

Wie die Kairoer Botschaft mitteilte, hatte der italienische Botschafter in Kairo am 6. Februar 1965 mit Außenminister Mahmoud Riad ein Gespräch geführt, in dem Riad mitteilte, daß er es nicht verstehen könne, warum die Bundesregierung sich so

---

<sup>198</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1965. „Bonn antwortet Nasser mit abgestufter Abschreckung“.

<sup>199</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.2.1965. „Bonn antwortet Nasser mit abgestufter Abschreckung“.

<sup>200</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.2.1965. „Minister Scheel sagt die Reise nach Kairo ab“.

<sup>201</sup> Vgl. Die Welt, 4.2.1965. „Bonn wird auf Verhalten Kairos mit Gegenmaßnahmen reagieren“.

<sup>202</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.1965. „Arabisches Institut bleibt“.

<sup>203</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 180.

erregt über die Ulbricht-Einladung zeige. Riad betonte die arabische Gastfreundschaft und hob hervor, daß die freundliche Haltung der DDR gegenüber Ägypten Nasser veranlaßt habe, Ulbricht als seinen „persönlichen Gast“ einzuladen. Er beschuldigte Bonn der Verursachung der gegenwärtigen Krise und bezeichnete die Waffenlieferungen als den alleinigen Grund für die momentanen Unstimmigkeiten. Riad merkte an, daß er nicht verstehe, warum Bonn die Schwierigkeiten nicht bilateral behandle und statt dessen befreundete Regierungen (Engländer, Franzosen, Italiener und jetzt auch Spanier) bitte, vorstellig zu werden. Auf die Frage des italienischen Botschafters, was geschehen solle, um die Krise zu beenden, antwortete Riad, daß Bonn dies selbst wisse und es von der Entscheidung der Bundesregierung abhänge<sup>204</sup>.

Die spanische Regierung signalisierte der Bundesrepublik, im Vermittlungsprozeß am 3. Februar 1965 behilflich zu sein, und sandte den Sonderbeauftragten Marques de Nerva, Generaldirektor des spanischen Außenministeriums, der mit Nasser gut bekannt war, am 6. Februar 1965 nach Kairo, um ihm den Ulbricht-Besuch noch einmal auszureden<sup>205</sup>. De Nerva führte vier Gespräche mit Ministerpräsident Ali Sabri sowie eine Unterredung mit dem Staatspräsidenten Gamal Abdel Nasser. Die Forderungen des ägyptischen Ministerpräsidenten Ali Sabri waren folgende:

1. Einstellung der deutschen Militärhilfe an Israel,
2. Keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel,
3. Besuch Scheels im Februar 1965, um über neue deutsche Entwicklungshilfe zu beraten,
4. Keine Bonner Sanktionen gegen den Ulbricht-Besuch in Kairo.

Ägypten würde dafür im Gegenzug auf eine Anerkennung der DDR verzichten<sup>206</sup>.

Wie aus ägyptischen Pressemeldungen hervorging, trug de Nerva während des zweiten Zusammentreffens den Standpunkt der Bundesregierung vor. Sabri habe ihm die Entscheidung des obersten Exekutivausschusses der Arabischen Sozialistischen Union vom 7. Februar 1965 mitgeteilt, die für einen Abbruch der Beziehungen im Falle der Fortsetzung der Waffenlieferungen stimmen würde. Aus einer Pressekonferenz, die de Nerva am 8. Februar 1965 gab, ging hervor, daß der spanische Sonderbotschafter angeblich keine direkte Verbindung zwischen seinem Vermittlungsauftrag und dem Besuchs Ulbrichts sah. Nachdem de Nerva ein drittes Mal mit Ali Sabri zusammengetroffen und am selben Abend von Staatspräsident Nasser empfangen worden war, äußerte er sich gegenüber der

---

<sup>204</sup> Vgl. PA/AA, BSTS. 7.2.1965. „Telegramm aus Kairo für Staatssekretär, zugleich Botschafter Federer.“

<sup>205</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 155.

<sup>206</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 180-181



ägyptischen Presse über den raschen Erfolg seiner Vermittlung. Zusätzlich gab de Nerva Interviews mit „Al-Ahram“ und „Akhbar al Yom“, in denen er behauptete, daß er von der Bonner Regierung eine offizielle Mitteilung erhalten habe, daß „die Entscheidung, keine Waffen mehr an Israel zu liefern, am 9. Februar 1965 in Kraft sei.“<sup>207</sup> Außerdem erwähnte er, daß Präsident Nasser ihm mitgeteilt habe, daß die Beziehungen zwischen Ägypten und der Bundesrepublik wieder einen Punkt erreicht hätten, an welchem direkte Gespräche angesetzt werden könnten. De Nerva fügte hinzu, daß Spanien den Ulbricht-Besuch völlig von den Waffenlieferungen unterschieden habe, und daher habe er sich nicht über eine Gegenleistung Ägyptens für den Waffenlieferungsstopp unterhalten, denn die Reise Ulbrichts sei kein „Handlungsobjekt.“<sup>208</sup> Bei de Nervas Ankunft in Bonn am 12. Februar 1965 verkündete dieser, daß er Nasser die Zusage überbracht habe, daß Bonn Israel nicht diplomatisch anerkennen würde. Die Bundesregierung dementierte jedoch am 12. Februar 1965 durch ihren Sprecher Karl Günther von Hase, daß sie de Nerva solche Zusagen gemacht hätte<sup>209</sup>, daß sie ihm lediglich mitgeteilt habe, in Zukunft keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern, also auch nicht an Israel. Nasser solle im Gegenzug dazu entweder den Ulbricht-Besuch absagen oder ihn verschieben<sup>210</sup>. Der Spiegel bemerkte: „tatsächlich waren die Zusagen im Kern wahr. Sprachschwierigkeiten hatten den Spanier jedoch verschweigen lassen, daß diese Zusagen naturgemäß nicht auf alle Zeiten, sondern nur auf absehbare Zeit gegeben worden waren.“<sup>211</sup>

Die Madrider Morgenzeitungen berichteten am 12. Februar 1965 ebenfalls über die erfolgreiche spanische Vermittlungsaktion. Eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Bonn und Kairo wäre ohne spanische Vermittlung sehr schwierig gewesen. Einer der Korrespondenten hob hervor, daß Spanien das einzige Land gewesen sei, das von der Bundesrepublik um Vermittlung gebeten worden sei. Die Propagandapresse des frankistischen Spanien stellte Nasser als den Sieger der „Schlacht“ dar, Spanien habe durch seine Vermittlungskunst Lorbeeren erworben, und Israel sei der Verlierer<sup>212</sup>.

Bereits am 10. Februar hatte Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärt, daß die Waffenlieferungen an Israel eingestellt würden<sup>213</sup>, was durch einen Kabinetts-

---

<sup>207</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 19.2.1965. „Drahtbericht.“

<sup>208</sup> Vgl. PA/AA, Ref. IB4. 19.2.1965. „Drahtbericht.“

<sup>209</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 181

<sup>210</sup> Vgl. Der Spiegel, 17. 2. 1965. „Um Teppichs Breite“.

<sup>211</sup> Der Spiegel, 17. 2. 1965. „Um Teppichs Breite“.

<sup>212</sup> Vgl. PA/AA, MB. 15.2.1965. „Fernschreiben aus Madrid“.

<sup>213</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.2.1965. „Bonn stellt die Waffenlieferungen für Israel ein“.

beschluß am 12. Februar bestätigt wurde<sup>214</sup>. Bundeskanzler Erhard gab dies vor der Auslandspresse bekannt. Er fügte hinzu, daß die Bundesregierung keine Verträge brechen werde, sich jedoch darum bemühen werde, eine Lösung zu finden<sup>215</sup>.

Über die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel wurde Ägypten von Bundestagspräsident Gerstenmaier mit einer offiziellen Meldung informiert. Ministerpräsident Sabri erklärte daraufhin vor der ägyptischen Nationalversammlung, daß sich Ägypten als Gegenleistung für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen wolle. Diese Mitteilung wurde in der deutschen Botschaft in Kairo als indirekte Zusicherung gewertet, daß Kairo die DDR nicht anerkennen werde. Bundesaußenminister Schröder lehnte in Bonn eine Stellungnahme zu den Meldungen aus Kairo ab<sup>216</sup>.

Bundespressesprecher von Hase gab bekannt, daß man hinsichtlich der vereinbarten, aber noch nicht abgewickelten Restlieferungen noch mit den israelischen Partnern verhandeln wollte mit dem Ziel, dafür möglicherweise andere Güter zu liefern<sup>217</sup>.

Israel reagierte auf den Kabinettsbeschluß verärgert und behauptete, daß sich die Bundesregierung Nassers erpresserischen Drohungen gebeugt habe. Der Leiter der Israel-Mission<sup>218</sup>, in Köln, Felix Shinnar, war von Erhard über die Einstellung der Waffenlieferungen informiert worden und reiste nach Tel Aviv. Gleichzeitig wurden auch die arabischen Staaten über den Waffenstopp informiert<sup>219</sup>. In Bonn hoffte man, daß Shinnar bald mit einer Antwort seiner Regierung zurückkehren würde, doch der Optimismus erwies sich als verfrüht. In Jerusalem blieb man unnachgiebig und schickte Shinnar nicht zurück nach Bonn<sup>220</sup>.

Inwieweit die Zusage der Einstellung der Waffenlieferungen ernst zu nehmen war, war fraglich, da Washington Anfang Februar über Bonn Panzer nach Israel lieferte. Da Nasser sich mit osteuropäischen Waffen ausrüsten ließ, sollte Israel amerikanische Panzer erhalten. Gleichzeitig verschlechterte sich das US-ägyptische Verhältnis. In Washington hatte das Repräsentantenhaus Mitte Januar mit Mehrheit beschlossen (204 gegen 177 Stimmen), im Rahmen des

---

<sup>214</sup> Vgl. Seelbach, 1970, S. 131.

<sup>215</sup> Abediseid, 1976, S. 184.

<sup>216</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.2.1965. „Bonn stellt die Waffenlieferungen für Israel ein“.

<sup>217</sup> Vgl. Fuldaer Zeitung, 13.2.1965. „Neue Schwierigkeiten mit Israel“.

<sup>218</sup> Die Israel-Mission in Köln war eine israelische Vertretung, die aufgrund der noch nicht aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als diplomatischer Ersatz galt. Eine entsprechende bundesdeutsche Dienststelle in Israel war im Frühjahr 1956 eingerichtet wurden. Vgl. Berggötz, 1998, S. 85.

<sup>219</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 187.

<sup>220</sup> Vgl. Hansen, 1999, S. 257. Vgl. auch Shinnar, 1967, S. 145-158.

amerikanischen Lebensmittelhilfsprogramms für Ägypten keine weiteren Kredite zu bewilligen. Die Vereinigten Staaten hatten in einem Dreijahresprogramm Lebensmittelzuschüsse im Wert von 140 Millionen Dollar zur Bekämpfung drohender Hungersnöte in Ägypten bewilligt. Die Ausdehnung des Programms wurde jedoch durch Nassers Verhalten im Kongo-Krieg unterbunden. Nasser hatte die Rebellenpartei unterstützt, indem er als Antwort auf die amerikanisch-englische Hilfsaktion in Stanleyville Waffen und Munition in den Kongo schmuggeln ließ. In Kairo wurden Massendemonstrationen gegen die USA organisiert und die amerikanische Bibliothek in Alexandria niedergebrannt. Nasser hatte öffentlich erklärt, daß er keine amerikanischen Lebensmittel brauche. Schließlich lenkte Nasser jedoch ein und versprach Washington, die zerstörte Bibliothek wieder aufzubauen, und erlaubte einigen Zeitungen in Kairo anti-kommunistische und prowestliche Artikel abzudrucken<sup>221</sup>.

Um der arabischen Seite zu zeigen, wie wenig die Waffenlieferungen das Gleichgewicht im Nahen Osten gefährden könnten, sollte der Umfang der Waffenlieferungen an Israel öffentlich dokumentiert werden. Im letzten Moment entschied das Auswärtige Amt jedoch, die Liste nicht zu übermitteln<sup>222</sup>.

Am 15. Februar 1965 erklärte Erhard schließlich, daß die Bundesregierung die Einladung Nassers an Ulbricht als feindseligen Akt sehe<sup>223</sup>. Einen Tag zuvor hatte Bundesaußenminister Schröder während einer Unterredung mit dem ägyptischen Botschafter in Bonn, Gamal Eddin Mansour, eindringlich vor den schwerwiegenden Folgen, die sich aus einem Besuch Ulbrichts in Kairo ergeben könnten, gewarnt. Nach Ansicht des SPD-Abgeordneten Hans-Jürgen Wischnewski müsse die Bundesregierung mit aller Härte reagieren<sup>224</sup>.

Die Bundesregierung versuchte, eine Verschlechterung des empfindlichen Verhältnisses zu Israel zu verhindern. Bundeskanzler Erhard gab am 23. Februar dem CDU-Bundestagsabgeordneten Kurt Birrenbach<sup>225</sup> den Auftrag, in einer geheimen Mission nach Israel zu reisen, um mit der dortigen Regierung über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen als Gegenleistung für die Einstellung der restlichen Waffenlieferungen zu verhandeln.

Birrenbach reiste zunächst in die USA, um dort über die möglichen Konsequenzen der Mission zu sprechen und auch führenden Persönlichkeiten der „Jewish

---

<sup>221</sup> Vgl. Rheinischer Merkur, 12.2.1965. „Amerikas ewiger Ärger mit Nasser“.

<sup>222</sup> Vgl. Abediseid, 1976, S. 185-188.

<sup>223</sup> Vgl. Seelbach, 1970, S. 131.

<sup>224</sup> Vgl. Fuldaer Zeitung, 15.2.1965. „Schröder weist auf Folgerung hin“.

<sup>225</sup> Birrenbach war seit 1954 Vermögensverwalter und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Thyssen A.G. sowie Mitglied des Zentralbeirates der Dresdner Bank A.G. und Mitglied des Aufsichtsrates der Montan-Industrie (Handbuch des Deutschen Bundestages).

Community“ in den USA die deutsche Position, insbesondere in der Waffenfrage, darzustellen<sup>226</sup>.

In Ägypten waren zur gleichen Zeit neben den Gesprächen zwischen befreundeten Regierungen der Bundesrepublik auch Kontaktaufnahmen zwischen den Mitarbeitern der deutschen Botschaft in Kairo und der ägyptischen Regierung zu verzeichnen. Der Unterstaatssekretär Shazly des ägyptischen Elektrizitätsministeriums besuchte den Leiter des Wirtschaftsreferats LR I Hauthal. Wie aus einem Telegramm an das Auswärtige Amt in Bonn aus Kairo hervorgeht, hob Shazly in dem Gespräch hervor: „Gleich ihm seien viele Männer in der obersten Führung der VAR der Ansicht, daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, um einen Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VAR zu verhindern. [...] Nasser werde bemüht sein, den Besuch, den er ohne Gesichtsverlust nicht habe zurücknehmen können, so weit wie nur möglich herunterzuspielen. Er werde nichts zur Anerkennung der Zone tun, falls man ihn dazu zwingen würde.“ Hauthal machte Shazly trotzdem auf die noch nicht abzusehenden Folgen des Ulbricht-Besuches aufmerksam<sup>227</sup>.

Einige Tage vor Ulbrichts Eintreffen hatte Nasser versucht, die Bundesregierung zu beschwichtigen, und erklärt, daß er gegenwärtig die Ost-Berliner Regierung nicht anerkennen wolle. Die Bundesregierung reagierte jedoch nicht darauf, da erstens Nasser diese Äußerungen nur vor Journalisten gemacht habe und sie davon ausging, daß Nassers Beteuerungen nur von kurzer Dauer wären. So hatte er zum Beispiel mit der prompten Anerkennung Ost-Berlins gedroht, sobald Bonn diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehme<sup>228</sup>. Einen Tag später berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung über heftige Ausfälle Nassers in einer Rede in Anwesenheit des tunesischen Staatspräsidenten. Nasser erinnerte daran, daß die Bundesrepublik gedroht habe, ihre Hilfe für Ägypten einzustellen, falls Ulbricht Kairo besuche. Er gab an, Ägypten habe Deutschland auf internationaler Ebene geholfen und Deutschland habe dafür Israel Waffen geliefert. Nachdem Nasser die einzelnen angeblichen Waffentypen aufgezählt hatte, schrie er, daß Deutschland die Araber verraten habe, und fügte hinzu, daß die Bundesrepublik im Gegensatz zur Sowjetunion statt zweieinhalb sechs bis zehn Prozent Zinsen fordere. Nach Agenturmeldungen soll Nasser außerdem in bezug auf die Zinsenhöhe der deutschen Kredite gesagt haben, daß er im Hinblick auf den nächsten

---

<sup>226</sup> Vgl. Birrenbach, 1984, S. 83-84.

<sup>227</sup> Vgl. PA/AA, MB. 4.2.1965. „Telegramm an Auswärtiges Amt, zugleich Botschafter Federer.“

<sup>228</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.2.1965. „Kairo versucht Bonn zu beschwichtigen“.

Fünfjahresplan nicht bereit sei, diesen Zinssatz zu zahlen, der seiner Meinung nach „Ägypten das Blut aussauge.“<sup>229</sup>

Am 24. Februar 1965 traf Ulbricht auf dem sowjetischen Schiff „Völkerfreundschaft“ in Begleitung seiner Frau und einer großen Delegation in Alexandria ein. Dort begrüßte ihn als persönlichen Vertreter Nassers Vizepräsident Hassan Ibrahim sowie weitere führende Persönlichkeiten Ägyptens. Für den ersten Empfang waren Ehrenformationen ägyptischer Streitkräfte angetreten, und es wurden Nationalhymnen gespielt. Der stellvertretende Ministerpräsident Nureddin Tarraf begleitete Ulbricht in einem Sonderzug zum eigentlichen Empfang am Kairoer Bahnhof, zu dem Nasser, Feldmarschall Amr, die übrigen Vizepräsidenten sowie das gesamte Kabinett erschienen waren. Aus dem diplomatischen Korps waren die Staaten des Ostblocks vertreten sowie Guinea, Mali, Indonesien und Burma<sup>230</sup>. Die Ehrenkompanie war präsent, und auch Nationalhymnen wurden gespielt. Ca. 800 Menschen hatten sich zum Empfang am Bahnhof versammelt. Die Hälfte von ihnen war auf Lastwagen herbeigeschafft worden, und nur kleine organisierte Gruppen bejubelten Ulbricht, während die große Masse Nasser zujubelte<sup>231</sup>.

Am Tage der Ankunft Ulbrichts bestätigte das Bundeskabinett den Beschluß, die Wirtschaftshilfe für Ägypten einzustellen. Der Beschluß wirkte sich nicht auf die bereits zugesagte Wirtschaftshilfe aus, da sie bereits überwiegend in Anspruch genommen worden war. Auch ein Rest von 100 Millionen DM Kapitalhilfe war bereits zu 97,7 Prozent verplant. So mußte sich der wirtschaftliche Druck Bonns auf die Zukunft beziehen<sup>232</sup>.

Zu direkten Auseinandersetzungen zwischen der ägyptischen Regierung und der deutschen Botschaft in Kairo kam es im Verlaufe des Ulbricht-Besuches in Ägypten, als Ulbricht Assuan besuchte. Unter anderem war eine Besichtigung des Kalabscha-Tempels geplant, der zuvor von der Bundesrepublik als eine Sondergeste gegenüber Ägypten umgesetzt wurden war. Anlässlich des Ulbricht-Besuches wurde auf dem Tempel die Flagge der DDR gehißt. Als in Assuan lebende deutsche Staatsangehörige dieses bemerkten, informierten sie die deutsche

---

<sup>229</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.2.1965. „Heftige Ausfälle gegen Bonn in einer Rede Nassers“.

<sup>230</sup> Vgl. Die Bundesrepublik hatte sich vorher von den westlichen Botschaften zusichern lassen, daß sie an dem Empfang nicht teilnehmen würde.

<sup>231</sup> Vgl. PA/AA, MB. 24.2.1965. „Fernschreiben aus Kairo.“

<sup>232</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.2.1965. „Die Wirtschaftshilfe an Nasser ist eingestellt“.

Botschaft in Kairo. Dort wandte man sich sofort an die ägyptische Regierung und veranlaßte, daß die Flagge der DDR umgehend entfernt wurde<sup>233</sup>.

Während seines Besuches traf Ulbricht zweimal mit Präsident Nasser zu offiziellen Gesprächen zusammen. Er machte Nasser ein zusätzliches Angebot für einen langfristigen Kredit von acht Millionen Pfund Sterling. Ulbricht demonstrierte damit, daß er bereit war, den möglichen Ausfall von Wirtschaftshilfe aus der Bundesrepublik in einem gewissen Maße zu kompensieren. Am 1. März 1965 meldete „Al-Ahram“, daß Ägypten die Eröffnung eines Konsulats in Ostberlin beabsichtige<sup>234</sup>. Während die DDR bereits seit Herbst 1959 ein Generalkonsulat in Kairo unterhielt, hatte Nasser zu dieser Zeit die Eröffnung eines Pendantes in Ost-Berlin aufgrund deutschlandpolitischer Überlegungen vermieden. Da Nasser auch dieses Mal die staatliche Anerkennung der DDR umgehen wollte, benutzte er die Eröffnung des Konsulats als einen „Trostpreis“<sup>235</sup>. Am selben Tag wurde zwischen beiden Staaten ein Abkommen unterzeichnet, das die wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit beider Länder intensivieren sollte. Neben den oben erwähnten acht Millionen Pfund Sterling zum Ankauf von Industriegütern und technischen Ausrüstungen in Ostdeutschland waren Ägypten in früheren Verhandlungen bereits Kredite in Höhe von rund 28 Millionen Pfund Sterling von Ost-Berlin zugesichert worden. Von den rund 36 Millionen Pfund Sterling werden elf Millionen als kurz- und der Rest als langfristige Kredite gewährt<sup>236</sup>.

Im Verlaufe des Ulbricht-Besuches verlieh Nasser diesem die höchste Auszeichnung, die Ägypten zu vergeben hatte, „le collier du Nile“<sup>237</sup>. Bei seiner Abreise am 2. März 1965 lud Ulbricht im Kairoer Bahnhof Nasser zu einem Gegenbesuch in die DDR ein. Wie in Kairo verlautbar wurde, nahm Nasser die Einladung an<sup>238</sup>.

Nasser hatte jedoch Wert darauf gelegt, daß der Besuch nicht einem Staatsbesuch gleich. Während Ulbrichts Aufenthalt wurde dieser von Nasser schlicht mit „Herr Walter Ulbricht“ angesprochen und auch die ägyptischen Zeitungen titulierte ihn nicht als „Präsident“. Obgleich Ulbricht bei dem Abschluß-Galadinner formell als Gastgeber auftrat, hatte nicht er, sondern Nasser die Teilnehmer empfangen<sup>239</sup>.

---

<sup>233</sup> Interview mit Kurt Müller, Botschafter a.D. am 19.4.2000. Zur damaligen Zeit Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Kairo.

<sup>234</sup> Vgl. PA/AA, MB. 3.3.1965. „Fernschreiben aus Kairo.“

<sup>235</sup> Vgl. Blasius, 1998, S. 747-808.

<sup>236</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 2.3.1965. „VAR erwägt Konsulat in Ost-Berlin“.

<sup>237</sup> Vgl. PA/AA, Ref, IB4. 1.3.1965. „Fernschreiben aus Kairo.“

<sup>238</sup> Vgl. Die Welt, 1.3.1965. „Ostberlin lädt Nasser ein“.

<sup>239</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung, 3.3.1965. „Nasser feiert Ulbricht mit Limonade“.

Während der Haushaltsdebatte des Bundestages kurz nach Ulbrichts Ankunft in Kairo wurde auch über die Nahostpolitik debattiert. Der Debatte war zu entnehmen, daß sich das Verhältnis zu Israel verschlechterte, da von den deutschen Waffentechnikern keine Rede mehr sei, obwohl die Regierung in dieser Frage ein entsprechendes Gesetz zustande zu bringen versuchte. Hinzu kam, daß einige Wochen zuvor Adenauer einer israelischen Zeitung versichert hatte, wenn er noch Kanzler wäre, dann gäbe es längst diplomatische Beziehungen zu Israel, und dann wären auch keine deutschen Waffentechniker mehr in Ägypten. Die Äußerungen warfen die Debatte auf, warum während seiner Regierungszeit keine klaren Verhältnisse geschaffen wurden, da über die getroffenen Geheimabkommen niemand informiert wurde und bisher niemand den Text gesehen habe. Die Politik des „Alles-vor-sich-Herschiebens“ und die Entschlußlosigkeit hätten nun auf die Außenpolitik übergegriffen, Bundeskanzler Erhard sei in ernsthafte außenpolitische Schwierigkeiten geraten<sup>240</sup>.

Am 26. Februar 1965 gab die Bundesregierung bekannt, daß der deutsche Botschafter in Kairo, Federer, vorerst in Bonn bleibe. Die Bundesregierung sah vorerst keine Veranlassung zu näheren Erläuterungen über wirtschaftliche Sanktionen gegenüber Kairo und bestätigte lediglich, daß die Wirtschaftshilfe eingestellt werde. Über die Art des politischen Vorgehens herrschte noch keine klare Vorstellung. Die Bundesregierung wollte sich vorerst mit einem Geschäftsträger in Kairo begnügen und Botschafter Federer auf unbestimmte Zeit in Bonn behalten<sup>241</sup>.

Nach Abschluß des Ulbricht-Besuches zog die Kairoer Botschaft am 2. März ein Fazit über den Besuch, das sie der Bundesregierung mitteilte. Der Besuch erfüllte dem Fernschreiben zufolge alle Kriterien eines Staatsbesuches (Salut, Ehrenkompanie, Ehrenbegleitung, Flaggenschmuck, Nationalhymne, Empfang und Verabschiedung durch den Staatspräsidenten am Bahnhof). Ulbricht hatte mit Ägypten ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geschlossen sowie weitere Abkommen über Kooperation auf den Gebieten der Kultur, Wissenschaft und Gesundheit. Darüber hinaus gab es ein offizielles Abschlußkommuniqué. Dieses enthielt jedoch keine Formulierung einer de jure Anerkennung der DDR und sprach an keiner Stelle von einem Staatsbesuch, sondern von einer „goodwill mission“. Eine geplante Eröffnung eines Konsulates

---

<sup>240</sup> Vgl. Die Zeit, 26.2.1965. „Hintertreppe mit allen Nebengerüchen“.

<sup>241</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.2.1965. „Botschafter Federer bleibt in Bonn“.

wurde nicht erwähnt, und die Einladung an Nasser zu einem Gegenbesuch in der DDR als „Kraft der traditionellen deutsch-arabischen Beziehungen“ bezeichnet<sup>242</sup>. Am 4. März 1965 beriet das Bundeskabinett das künftige Verhältnis zu Ägypten. Die Frage, ob man die diplomatischen Beziehungen zu Kairo abbrechen sollte, wurde besonders intensiv erörtert. Die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien wurden informiert, was darauf hindeutete, daß das Kabinett nicht ohne die Zustimmung der drei Parteien handeln wollte<sup>243</sup>. Im Hinblick auf die Deutschlandpolitik traten jedoch Meinungsverschiedenheiten zutage, die teilweise quer durch alle Parteien verliefen. Ein Teil der Kabinettsmitglieder, die der CDU/CSU angehörten, plädierte für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, während eine andere Gruppe einschließlich der Freien Demokraten sich mit der entschlossenen Einstellung der Wirtschaftshilfe begnügen wollte. Die Sitzung der CDU/CSU-Fraktion wurde deshalb von Erhard abgebrochen<sup>244</sup>. An der am nächsten Tag, dem 6. März 1965 stattfindenden Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt, nahmen nur die Minister, nicht die Staatssekretäre teil. Eine Einigung, ob die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten abgebrochen werden sollten, kam trotzdem nicht zustande, da die Meinungen zu hart aufeinander prallten<sup>245</sup>.

Am 7. März 1965 kam es schließlich zur Nahosterklärung der Bundesregierung, die eine weitreichende Bedeutung für den Fortgang der Krise hatte. Die Nahosterklärung ging aus mehrstündigen Gesprächen hervor, die Erhard mit Schröder und dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel geführt hatte. Von Barzel, der gerade aus Washington zurückgekehrt war, stammte der Vorschlag, die diplomatischen Beziehungen zu Kairo aufrechtzuerhalten und die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Israel anzustreben<sup>246</sup>.

Vor Bekanntgabe der Nahosterklärung wurde, wie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung mitteilte, die Nahostlage in mehreren Sitzungen eingehend geprüft, und die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien des deutschen Bundestages wurden unterrichtet. Die USA, Großbritannien und Frankreich wurden aufgrund ihrer besonderen Verantwortung gegenüber Gesamtdeutschland konsultiert<sup>247</sup>. Entgegen den Besprechungen und Konsultationen wurde die

---

<sup>242</sup> Vgl. PA/AA, MB. 2.3.1965. „Anhang zum Nachrichtenspiegel I vom 2. März 1965. Das von Nasser und Ulbricht unterzeichnete Kommuniqué hat folgenden Wortlaut:“

<sup>243</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.3.1965. „Bonn entscheidet heute über das Verhältnis zu Kairo“.

<sup>244</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau, 5.3.1965. „Kabinettsstreit über Nahostpolitik“.

<sup>245</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.3.1965. „Das Kabinett vertagt die Entscheidung“.

<sup>246</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.3.1965. „Bonn strebt jetzt diplomatische Beziehungen zu Israel an“.

<sup>247</sup> Vgl. PA/AA, MB. 8.3.1965. „Fernschreiben. Betr.: „Öffentliche Erklärung der Bundesregierung vom 7. März 1965 zu den Komplexen Israel und VAR.“



Nahosterklärung jedoch ohne Absprache mit dem Kabinett bekanntgegeben. Der Kanzler schien innerhalb eines kurzen Zeitraumes unter Druck geraten zu sein<sup>248</sup>. Letztendlich wurde die Nahosterklärung mit folgendem Wortlaut durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung veröffentlicht:

„1. Die Einladung und Aufnahme Ulbrichts durch die Regierung [...] der VAR ist von der Bundesregierung mit der Einstellung der Wirtschaftshilfe beantwortet worden. Das bedeutet, daß die Bundesrepublik sich nicht an dem zweiten ägyptischen Fünf-Jahres-Plan beteiligt. Sie nimmt auch nicht an den vorzubereitenden Verhandlungen teil. Die Bundesrepublik gewährt der VAR keine weitere Kapitalhilfe und lehnt es ab, Ägypten in einen neuen Plafond für die längerfristige staatlich verbürgte Kredite einzuräumen. Die laufenden Vorhaben werden zur Zeit - selbstverständlich unter Anwendung der Grundsätze des internationalen Rechts - einer Überprüfung unterzogen.

2. Dem in der sowjetischen Besatzungszone lebenden Teil des deutschen Volkes ist das selbstverständliche Recht jedes Volkes auf Selbstbestimmung durch ein Gewaltregime genommen. Eine Aufwertung dieser Zwangsherrschaft wird von der Bundesrepublik Deutschland als unfreundlicher Akt betrachtet und durch jeweils dem Einzelfall angemessene Maßnahmen beantwortet werden.

3. Die Bundesregierung strebt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel an. Dieser Schritt ist geeignet, zu einer Normalisierung der Verhältnisse beizutragen. Er richtet sich gegen keinen arabischen Staat.

4. Die Bundesregierung hat durch ihre Entscheidung, in Spannungsgebiete künftig keine Waffen mehr zu liefern, und eine Restlieferung im Einvernehmen mit Israel umzuwandeln, zu einer klaren Nahost-Politik einen wichtigen Beitrag geleistet. Die Bundesregierung legt Wert darauf, in diesem Zusammenhang zu erklären, daß jede Einflußnahme auf ihre Politik in diesem Raum, insbesondere auch auf die Gestaltung ihres Verhältnisses zu Israel - von welchem Konfliktpartner der Nahost-Situation auch immer - zurückgewiesen wird.

5. Gemeinsam mit ihren Verbündeten, die wiederholt an die Mitverantwortung der Bundesrepublik Deutschland für Ruhe und Frieden im Nahen Osten appelliert

---

<sup>248</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 168.

haben, wird die Bundesregierung durch ihre Anwesenheit um den Abbau von Spannungen bemüht bleiben.“<sup>249</sup>

Die Nahosterklärung basierte unter anderem auf dem Kabinettsbeschuß vom 12. Februar 1965, keine Waffen mehr in Spannungsgebiete zu liefern, sowie auf der Erklärung Erhards vom 15. Februar 1965, den Ulbricht-Besuch als feindseligen Akt zu sehen. Die Erklärung beinhaltete die Einstellung der Wirtschaftsbeziehungen im Hinblick auf den zweiten Fünfjahresplan, die Aufrechterhaltung des Alleinvertretungsanspruches, die Ankündigung der angestrebten Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel, die Entscheidung, in Spannungsgebiete künftig keine Waffen mehr zu liefern und eine Restlieferung im Einvernehmen mit Israel in finanzielle Unterstützung umzuwandeln.

Am 9. März 1965 äußerte sich Bundeskanzler Erhard in einer Bundeskabinettsitzung, daß er die Entscheidung wegen der innenpolitischen Ausstrahlung auf die außenpolitischen Situation getroffen habe, da für eine andere Politik die Unterstützung fehle<sup>250</sup>.

---

<sup>249</sup> PA/AA, Ref. IB4. 7.3.1965. „Mitteilung an die Presse“.

<sup>250</sup> Vgl. Osterheld, 1992, S. 170-171.